

Rede

## **Der Cedaw-Alternativbericht - ein Armutszeugnis in Sachen Anti-Diskriminierung und Geschlechtergleichstellung für die Bundesregierung**

Berlin, 15.12.2008

### **Auszug aus der Begrüßungsrede von Gitti Hentschel**

**Gitti Hentschel, Institutsleiterin Gunda-Werner-Institut**

....Der vorliegende Cedaw-Schattenbericht zum inzwischen Sechsten Bericht der Bundesrepublik Deutschland zum Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW). – Ergebnis der intensiven Arbeit von 28 Nichtregierungsorganisationen (NGO) - stellt der Bundesregierung ein deutliches Armutszeugnis in Sachen Anti-Diskriminierung und Geschlechtergleichstellung aus. Er zeigt deutlich, dass wir neue Impulse brauchen, um alte frauenpolitische Gleichstellung- und Anti-Diskriminierungsforderungen und Konzepte umzusetzen, die leider – und gerade angesichts dieses Berichts - noch immer Gültigkeit haben. Er führt zum anderen vor, wie wichtig eine differenzierte und kritische Aufarbeitung von Daten und Fakten, von Konzepten und Maßnahmen im Bereich der Anti-Diskriminierungs- und Frauenpolitik ist. Erst aus ihr heraus können gezielt Maßnahmen zugunsten von Frauen und Geschlechteremanzipation entwickelt, gefordert und in die Wege geleitet werden.

Der Bericht zeigt auf, was Frauenorganisationen ebenso wie das GWI schon lange problematisieren: Gleichstellungspolitik ist bei dieser Regierung weitgehend Familienpolitik. Dabei wird noch immer ein eher traditionelles Familienmodell gepflegt, Patchwork- oder Regenbogenfamilien, eingetragene Partnerschaften sind in vielen Politik-Bereichen, zum Beispiel im Sozial- und Steuerrecht erheblich benachteiligt. Statt Ehegattensplitting, das schon lange in der frauenpolitischen Kritik steht – soll nun – vielleicht - das Familiensplitting kommen, ein auch nicht taugliches Instrument für selbstbestimmte Lebensformen und eigenständige Existenzsicherung. Instrumente, die sich in der Vergangenheit als gleichstellungspolitisch wirksam erwiesen haben, wie Gendermainstreaming sind weitgehend gestrichen, von Genderbudgeting, das von der EU neuerdings ebenfalls eine genderpolitische Vorgabe ist, ist gar nicht erst zu reden.

Es ist ein Armutszeugnis, wenn sich in einem so reichen Land wie der Bundesrepublik - gerade auch nach dem wirtschaftlichen Aufschwung der letzten Jahre -, der Anteil der Frauen, die unter die Armutsgrenze fallen, von 15 % auf 21 % erhöht hat; wenn die Wirtschaft boomt und die Mehrheit der Frauen zu Niedrigstlöhnen, als Teilzeitkräfte oder geringfügige Beschäftigte arbeiten müssen; es ist eine Bankrotterklärung in punkto Gleichstellungspolitik, wenn Frauen noch immer nicht dieselben Löhne wie Männern für gleiche bzw. gleichwertige Arbeit erhalten, und wir im europäischen Vergleich zu den Schlusslichtern gehören.

Und es ist absehbar, dass Deutschland auch in der geschlechterpolitischen Friedens- und Sicherheitspolitik im europäischen Vergleich zum Schlusslicht wird, wenn die Bundesregierung sich - wie bisher - weiterhin beharrlich weigert, einen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Resolution 1325 aufzulegen, der Resolution, die verbindlich für alle Länder vorschreibt, Frauenpartizipation und Geschlechterpolitik in der Friedens- und Sicherheitspolitik zu realisieren.

Dieser Bericht ist ein Beweis mehr für das, was wir schon lange wissen: Gesetze und verbindliche Richtlinien sind wichtig und Grundlage, reichen aber allein nicht aus. Wir brauchen sehr viel kleinteiliger auch klare Bewertungsmaßstäbe, überprüfbare Zielformulierungen wie Quoten und Zeitvorgaben, und wir brauchen Anreiz- und Sanktionssysteme, um strukturelle Diskriminierungen von Frauen nachhaltig anzugehen, und um die Ausgrenzung insbesondere von unterprivilegierten Gruppen, wie Frauen mit migrantischem Hintergrund und mit Behinderungen, Homosexuelle, intersexuelle und transsexuelle Menschen abzubauen und zu beenden.

Der Bericht zeigt auch: Frauenrechte sind nicht einmal erstritten und erkämpft und dann sicher, wir, die Feministinnen, die frauen- und geschlechterpolitisch Engagierten sind immer wieder gefordert, wachsam zu bleiben, und sich weiter und neu zu engagieren. Daher möchte ich besonders herzlich den Expertinnen aus den insgesamt 28 Nichtregierungsorganisationen danken, die wachsam waren und diesen Alternativbericht auf den Weg gebracht haben. Es ist für mich eine Freude, dass wir hier in Kooperation mit dieser Cedaw-Allianz diese Veranstaltung durchgeführt haben. Die hbs ist ja nicht zum 1. Mal Veranstaltungsort für einen CEDAW-Schattenberichts – wenn auch noch nie in ihren Räumen. Es ist ein Anliegen der gesamten hbs, Frauenrechte - wie Menschenrechte überhaupt - voranzubringen – in Deutschland ebenso wie in den vielen Regionen der Welt, in denen die hbs vor Ort aktiv ist. Insbesondere das Gunda-Werner-Institut für Feminismus und Geschlechterdemokratie der hbs ist in vielen Themenfeldern, die auch im vorliegenden Schattenbericht angesprochen werden, frauen- und geschlechterpolitisch engagiert, wie z.B. in der Friedens- und Sicherheitspolitik, in Bezug auf selbstbestimmte Lebensformen bzw. die eigenständige Existenzsicherung von Frauen wie Männern.

.....